

**Dr.<sup>in</sup> Alma Zadić, LL.M.**  
Bundesministerin für Justiz

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.365.975

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)15058/J-NR/2023

Wien, am 12. Juli 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Peter Wurm, Kolleginnen und Kollegen haben am 12. Mai 2023 unter der Nr. **15058/J-NR/2023** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Drag-Queens bei grünen Ministern“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 13:**

- 1. Wie viele Personen in Österreich, zählen zu der LGBTQ+ Community?
- 2. Wie viele Drag Queens gibt es in Österreich?
- 3. Wofür werden die 260.000 Euro, die Sie den Drag Queens zugesagt haben, verwendet?
- 4. Wie kann es sein, dass man dieser Community in Zeiten der Rekordinflation und Verarmung der Gesellschaft spontan 260.000 Euro zur Verfügung stellt?
- 5. Woher nehmen Sie die 260.000 Euro?
- 6. Müssen diese 260.000 Euro an einer anderen Stelle eingespart werden?
  - a. Wenn ja, an welcher?
- 7. Welche anderen Randgruppen unterstützt Ihr Ministerium außer der LGBTQ+ und Drag Community noch?
- 8. Wie viel Geld wird aus Ihrem Ministerium insgesamt für die LGBTQ+ Community aufgewendet?

- 9. *Welche Maßnahmen sollen gesetzt werden, um die Gesellschaft mehr über die Drag-Szene aufzuklären?*
- 10. *Was verstehen Sie unter der Drag-Szene genau?*
- 11. *Werden Drag-Queen-Lesungen vor Kindern ebenfalls finanziell unterstützt?*
- 12. *Welchen Beitrag leisten die Drag-Community bzw. die LGBTQ+ Community für die Gesellschaft?*
- 13. *Welchen relevanten Beitrag leisten die Drag-Community bzw. die LGBTQ+ Community für die Gesellschaft, der eine solche Förderung rechtfertigt?*

Die Queer-Community ist und bleibt ein fester, nicht mehr wegzudenkender Bestandteil unserer Gesellschaft. Allerdings müssen wir auch in Österreich Jahr für Jahr erleben, wie massiv Stimmung gegen queere Veranstaltungen gemacht wird. Eine friedliche, demokratische Gesellschaft mit Chancengleichheit für alle benötigt Akzeptanz und Offenheit, in der niemand ausgegrenzt wird und alle Menschen gleichberechtigt leben können. Um das zu erreichen sind viele Schritte notwendig, damit sich alle Menschen sicher, frei und akzeptiert in unserer Gesellschaft fühlen können. Jede:r soll die Möglichkeit bekommen, sich frei zu entfalten.

Die gegenständlichen Fragen betreffen größtenteils nicht den Vollziehungsbereich des BMJ. Zu den anfragegegenständlichen Förderungen kann ausgeführt werden, dass das Bundesministerium für Justiz keine Förderungen im Sinne der Anfrage gewährt.

Lediglich in einem weiteren Sachzusammenhang wurden Auszahlungen des Bundesministeriums für Justiz getätigt, namentlich für eine wissenschaftliche Begleitstudie durch den Verein QWIEN – Zentrum für queere Geschichte zum Thema "Vor dem Gesetz sind alle gleich? Ein Projekt zur Sichtbarmachung von Diskriminierung und Ungleichheit von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans\*, nichtbinären, intersexuellen und queeren Personen im Justizbereich" (Auftragsentgelt: 30.000,- Euro inkl. USt). Auch hier handelt es sich aber nicht um Aufwendungen für die LGBTQ+ Community im Sinne der Frage 7, sondern um Aufwendungen zur Erforschung der Diskriminierung von Angehörigen dieser Gruppe im Justizbereich in der Vergangenheit.

Dr.<sup>in</sup> Alma Zadić, LL.M.

